

Ruf nach Reformen

Pflege- und Adoptiveltern sparen durch ihre Arbeit den Landkreisen Sachsen-Anhalts bares Geld. Dennoch fühlen sie sich vielfach gerade von staatlichen Stellen im Stich gelassen.

VON SABINE SCHOLZ

HALBERSTADT. Lenas Weg - der Titel der jüngsten Gesprächsrunde von Fachleuten, Politikern und Pflegeeltern aus Sachsen-Anhalt in Halberstadts Rathaus war nicht nur ein Titel. Lenas Weg zeigt, wie schwer es für Pflegefamilien oft ist, rechtzeitig die richtigen Weichen für die Förderung der ihnen anvertrauten Kinder zu stellen. Doch ändern solche Runden etwas an der Situation?

„Steter Tropfen“, sagt Kathrin Kube dazu. Die Vorsitzende des Landesverbandes für Pflege- und Adoptiveltern Sachsen-Anhalt wirbt seit Jahren mit ihren Mitstreitern für mehr Unterstützung der Familien, die bereit sind, fremden Kindern ein liebevolles Zuhause zu geben. Manchmal auf Zeit, manchmal ein Leben lang. Sie hat selbst sieben Pflegekinder beim Start ins Leben geholfen bzw. tut das immer noch, sie kennt die Herausforderungen. „Zum Glück gibt es in einigen Bereichen des Landes gute Vereinsstrukturen, die den Familien helfen, Probleme zu bewältigen.“ Durch fachlichen Austausch zum Beispiel oder praktische Tipps, wo man welchen Antrag für welche Beihilfe stellen muss.

Denn noch immer bestehen zwischen den Landkreisen deutliche Unterschiede bei der Bewilligung und Ausgestaltung von Beihilfen für Pflegekinder. „Deshalb ist die gleiche finanzielle Unterstützung für Standardleistungen unabhängig vom Wohnort sowie ein Angebot an Entlastungsleistungen für die Pflegefamilien eine unserer vier zentralen Handlungsempfehlungen, die wir den Landespolitikern mit auf den Weg gegeben haben“, ergänzt Ina Hilbert. Die Leiterin der Geschäftsstelle des Landesverbandes nennt auch die anderen drei wesentlichen Forderungen.

Da wäre die soziale Absicherung bei Renten- und Krankenversicherung. „Pflegeeltern, vor allem in der Bereitschaftspflege, übernehmen zwar eine gesellschaftlich unverzichtbare Aufgabe, drohen aber später in Altersarmut zu fallen. Weil sie Rentenpunkte verlieren, wenn sie wegen der Betreuung der Pflegekinder nicht arbeiten gehen können“, erklärt Hilbert.

In dieselbe Richtung zielt die Forderung nach einem Ausgleich für reduzierte Arbeitszeit, ergänzt Kathrin Kube. „Der Anteil der Kinder mit Entwicklungsstörungen, FAS oder traumatischen Erfahrungen nimmt zu. Diese Kinder brauchen eine wesentlich intensivere Betreuung. Deshalb muss oft ein Part der Pflegeeltern verkürzt arbeiten oder ganz aufhören. Auch das hilft nicht dabei, Familien zu motivieren, Pflegekinder aufzu-



Der Landesverband der Pflege- und Adoptiveltern hatte zu einem Rund-Tisch-Gespräch ins Halberstädter Rathaus eingeladen. CDU-Landesvorsitzender Sven Schulze (am Pult) und Monika Hohmann von der Landtagsfraktion der Partei Die Linke (am Tisch 2. von links) waren als Gesprächspartner zu Gast.

FOTO: HOLGER WEGENER



Politik, Justiz und Medizin in Halberstadt im Gespräch über die frühzeitige Förderung von Pflegekindern.

FOTO: HOLGER WEGENER

nehmen.“ Dabei sei die Unterbringung in Familien auch dann noch deutlich kostengünstiger als die stationäre Aufnahme mit Tagessätzen von 300 Euro. Dennoch seien inzwischen 63 Prozent der in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen im Land in Heimen, nur 37 Prozent in Familien untergebracht.

Und noch ein Thema sei wichtig - eine gute fachliche Begleitung der Familien durch die Jugendämter. Auch da hapere es oft. „Wir sind eben nicht ‚einfach nur normale Eltern‘, wir müssen uns in vielen Bereichen besser auskennen als andere Familien, fachlich fundiert Entscheidungen für unsere Kinder treffen“, sagt Kube. „Es ist wichtig zu wissen, reagiert das Kind gerade nur trotzig oder liegt

dem auffälligen Verhalten eine schwerwiegendere Hirnschädigung zugrunde. Dann verhält man sich anders.“ Dafür brauche es aber eben auch Fortbildungsangebote und ähnliches.

Neu sind die Forderungen nicht. „Aber wir haben das Gefühl, das wir jedes Mal nach einer solchen Veranstaltung ein kleines

Stück vorankommen, weil das Verständnis auf der politischen Ebene wächst“, sagt Kathrin Kube. Deshalb sie hofft, auch in Sachen Diagnose endlich voranzukommen. Nicht ohne Grund hatte der Landesverband mit Marcus Riemer von der Uniklinik Halle und Andreas Gerhardt vom Harzklinikum zwei Mediziner eingeladen, die wissen, wie wichtig eine möglichst frühe Diagnose möglicher Schädigungen wie der Fetalen Alkoholspektrumstörung (FAS) ist.

„Aber in Sachsen-Anhalt kann aktuell niemand diese Diagnose für die Kinder stellen, zumal man auf einen Diagnostiktermin bei den Sozialpädiatrischen Zentren ohnehin in der Regel zwei Jahre wartet“, sagt Ina Hilbert. „Dabei ist gerade die frühkindliche Förderung wesentlich, um den Kindern später ein möglichst selbstständiges Leben zu ermöglichen.“

Doch Pflegeeltern erfahren nicht mal, ob es in den Herkunftsfamilien massiven Alkohol- oder Drogenkonsum gab oder gibt. „Bei manchen Drogen ist die Diagnose einfacher, weil die Hirnschädigungen organisch erkennbar sind. Beim FAS ist das schwieriger. Uns geht es nicht um irgendeine Stigmatisierung. Einfach das Wissen um mögliche Beeinträchtigungen hilft, um zum Beispiel die geeignete Kita oder Schule zu finden“, sagt Kathrin Kube. So wie bei Lena, die nur durch die Hartnäckigkeit ihrer Pflegefamilie in der richtigen Förderschule gelandet ist.

„Wir sind eben nicht 'einfach nur normale Eltern.'“

Kathrin Kube
Vorsitzende